

Breites Bündnis will Ceta verhindern

VON MARCO PUSCHNER

„Stopp Ceta!“ Unter diesem Motto wird am kommenden Samstag ein breites Bündnis versuchen, möglichst viele Unterschriften gegen das geplante Freihandelsabkommen zu sammeln, das die Europäische Union mit Kanada verhandelt hat.

Ziel ist es, ein Volksbegehren herbeizuführen, das die bayerische Staatsregierung dazu verpflichtet, im Bundesrat gegen Ceta zu stimmen (siehe Kasten unten). Wenn nämlich nur einer der 28 EU-Staaten beim Ratifizierungsprozess Ceta nicht übernehmen will, scheitert das Abkommen. Und falls Bayern im Bundesrat „Nein“ sagt, könnte es sehr eng werden mit einer Mehrheit für das Abkommen.

Jörg Lipp vom Verein „Mehr Demokratie“ erklärt bei einer Pressekonferenz, dass am Samstag in Bayern an rund 520 Ständen Unterstützer-Unterschriften gesammelt werden, um den Zulassungsprozess zum Volksbegehren einzuleiten. „Mehr Demokratie“ gehört ebenso wie der Bund Naturschutz (BN), die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), die Kampagnen-Plattform Campact und das Umweltinstitut München zum fünfköpfigen Trägerkreis, der das Volksbegehren initiiert. Insgesamt unterstützen rund 50 zivilgesellschaftliche Organisationen den Widerstand gegen Ceta.

Sie werden am Samstag auch in Nürnberg fleißig Autogramme sammeln. Zum Beispiel wird der BN am Aufseßplatz und beim Reichswaldfest vertreten sein, die Linke unter anderem an der Lorenzkirche und am Diaplatz.

Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander

Die Kritiker wenden gegen Ceta ein, dass das Abkommen die „globale Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößert“, wie es der Nürnberger ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger formuliert. „Die sozialen und ökologischen Kosten werden ausgelagert auf die armen Länder des Südens“, pflichtet Gisela Voltz von „Mission Eine Welt“ bei. Sie verweist auf Nafta, das Abkommen zwischen Kanada, USA und Mexiko. Das habe viele Kleinbauern in Mexiko in den Ruin getrieben. Letztlich helfe Ceta nur den großen Konzernen, die ihre Macht mittels privater Schiedsgerichte durchsetzen könnten, wie Ludwig Wenk von Attac kritisiert. „Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und nicht das Kapital“, findet Kurt Schmidt (KAB).

Hiesige Standards bei Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und beim Umweltschutz könnten ausgehöhlt werden, befürchten Angelika Lüdemann (Die Linke), Heinz Trost (Die Grünen) und Iris Torres-Berger (BN). Doch nicht nur inhaltlich haben die Bündnispartner



Sie organisieren den Widerstand gegen Ceta: Iris Torres-Berger (BN), Kurt Schmidt (KAB) und Jörg Lipp („Mehr Demokratie“, von links). F.: Edgar Proegner

ner, politischer Geschäftsführer der Piratenpartei in Mittelfranken.

Die Brexit-Debatte hat Kritik an Volksentscheiden laut werden lassen; Lipp betont aber, dass es sich dabei um ein von der Regierung – also von oben – verordnetes Referendum gehandelt habe, während beim Volksbegehren in Bayern die Bevölkerung von unten eine Entscheidung erzwingen würde. Die Vertreter des Bündnisses zeigen sich zuversichtlich, rasch die nötigen 25 000 Unterstützer-Unterschriften zusammenzubekommen, um den Zulassungsprozess beim Bayerischen Innenministerium einzuleiten. Die eigentliche Hürde sieht Lipp in jenen zehn Prozent, die sich dann in den Rathäusern eintragen müssen.

Schrollinger glaubt indes, dass das Thema genügend Anziehungskraft hat. Die Ökodemokraten sind erfahren in Sachen Volksbegehren: Bei der Senats-Abschaffung (1997) und beim Nichtraucherschutz (2009) waren sie erfolgreich.

❶ Thomas Händel, Europaabgeordneter der Linkspartei, spricht am Freitag, 15. Juli, um 18.30 Uhr im DGB-Haus über Ceta (Kornmarkt 5–7).

Wie funktioniert ein Volksbegehren?

Mit dem Volksbegehren möchte das Bündnis die Bayerische Staatsregierung verpflichten, im Bundesrat gegen das Freihandelsabkommen Ceta zu stimmen. Hierfür müssen erst 25 000 Unterschriften gesammelt werden, um den **Zulassungsprozess** beim Innenministerium einzuleiten. Wenn der Verfassungsgerichtshof kein Veto einlegt, gibt es ein **Volksbegehren**. Zehn Prozent der Wahlberechtigten in Bayern müssen sich dann innerhalb von 14 Tagen in den Rathäusern eintragen, um das Volksbegehren zu unterstützen. Wenn diese Hürde genommen ist, muss sich der Landtag mit dem Thema befassen. Stimmt er dafür, ist das Volksbegehren erfolgreich. Wenn nicht, kommt es binnen sechs Monaten zum Volksent-